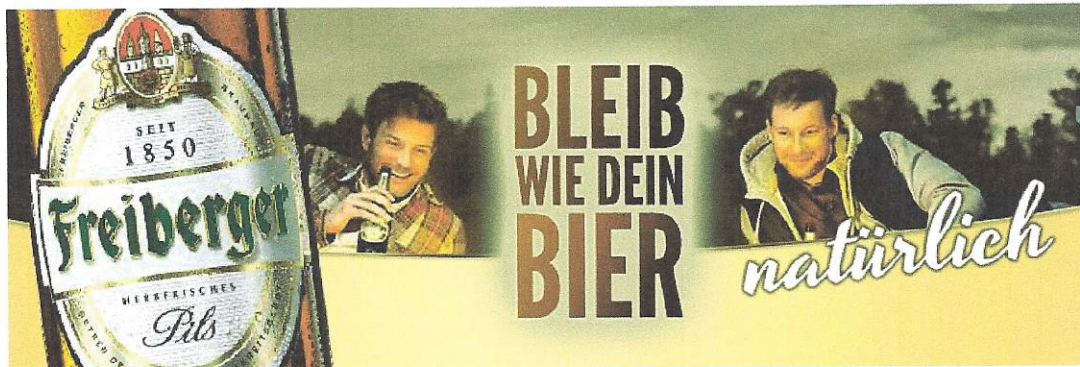


LAUSITZER RUNDSCHAU

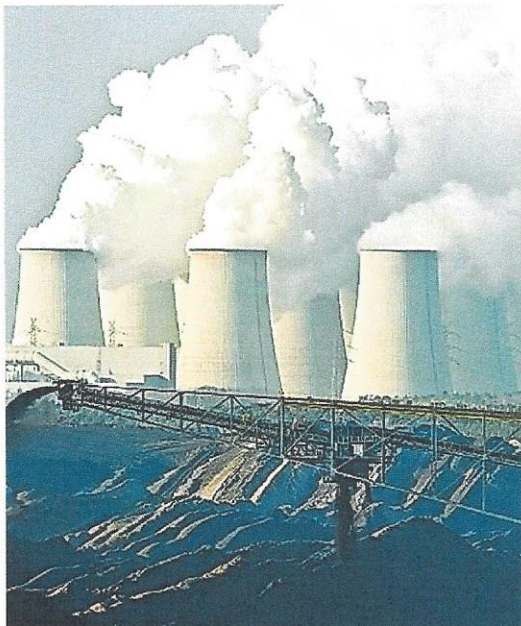


Brandenburg 21. Mai 2015, 02:41 Uhr

"Wir brauchen eine gerechtere Verteilung bei der Klima-Abgabe"

Brandenburgs und Sachsens Regierung gegen Gabrielplan

BERLIN/COTTBUS Gegen die geplante Kohle-Abgabe für den Klimaschutz wird in den Tagebau-Regionen Lausitz und Nordrhein-Westfalen weiter agiert, am Dienstagabend etwa bei einer Veranstaltung des Vereins "Pro Brandenburg" in Berlin. "Die Klimaabgabe ist ein dramatisch teures Instrument zur Senkung von CO", erklärte dort der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Christian Growitsch.



Braucht die Lausitz eine Innovationsförderung wie in Nordrhein-Westfalen?

Foto: dpa

Nordrhein-Westfalens, Günther Horzetzky, verwies darauf, dass sein Bundesland im Rheinischen Braunkohlerevier schon 2010 eine "Innovationsregion Rheinisches Revier" gegründet habe. "Wir stecken dort richtig Geld rein", so Horzetzky.

"Es ist dramatisch falsch, es zu nutzen – wir vernichten Wertschöpfung in Deutschland."

Dieser Einschätzung schlossen sich auch Regierungsvertreter Sachsens und Brandenburgs an. Der sächsische Wirtschaftsstaatssekretär Hartmut Mangold erklärte, es sei sicher sinnvoll, die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Dieses Ziel dürfe aber nicht zur Folge haben, dass eine ganze Region um ihre wirtschaftliche Basis gebracht werde.

Aus Sicht von Brandenburgs Staatssekretär Hendrik Fischer habe Ostdeutschland schon mit der Deindustrialisierung nach der Wende einen großen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. "Man muss auch einmal überlegen, wie hier eine gerechtere Verteilung stattfinden könnte." Zudem habe in der Lausitz bereits ein Strukturwandel stattgefunden. In den 1990er-Jahren hätten dort noch 110 000 Menschen in der Energiewirtschaft gearbeitet, heute seien es noch 10 000.

Der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium

Benjamin Lassiwe

Jüngste Kommentare